



**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg  
Finanzausschuss**

24.07.2023

**Niederschrift**

**über die 43. Sitzung des Finanzausschusses am Mittwoch, 12.07.2023**

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Sitzungssaal, Marktplatz 1

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

**Anwesenheit:** Soll: 9 Mitglieder des Finanzausschusses  
Ist: 8 Mitglieder des Finanzausschusses

**Öffentlicher Teil**

**TOP 1 Eröffnung und Begrüßung**

Die 43. Sitzung des Finanzausschusses wird durch **Ratsherrn Kowalick**, stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses, eröffnet.

**TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

**Ratsherr Kowalick** informiert alle Anwesenden darüber, dass Ratsfrau Muth erkrankt ist und er die Leitung des Ausschusses bis zum Ende des Jahres übernimmt.

Des Weiteren wird informiert, dass eine Tonbandaufnahme der heutigen Sitzung erstellt wird. Auf Nachfrage von **Ratsfrau Dr. Kuhk**, warum dies geschieht informiert **Frau Piotrowski** das dies zur Einarbeitung von Frau Fischbuch für die zukünftige Protokollführung dient, um die Sachbearbeiter zu entlasten. Es gibt keinen Widerspruch und die Aufnahme ist möglich.

Die Anwesenheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

**TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 42. Sitzung**

Die Niederschrift der 42. Sitzung vom 24.05.2023 wird bestätigt.

6 Dafürstimmen  
2 Enthaltungen

## **TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)**

**Herr Bachmann** informiert, dass bei der Tochtergesellschaft Haveg der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft nach Vorlage des Jahresabschlusses 2022 eine notarielle Nachbeurkundung stattgefunden hat und die Firma zur Löschung angemeldet wurde. Die Löschung fand am 29.06.2023 statt. Die Firma ist damit nicht mehr existent und die Verschmelzung abgeschlossen. Der Handelsregisterauszug über die Löschung liegt der Verwaltung vor.

Der Finanzservice bereitet gemeinsam mit der Verwaltung aktuell eine Vorlage für die nächste Sitzung der Stadtvertretung vor. Darin geht es um die Sanierung des Jahnsportforums. Die Stadtvertretung hat im Dezember 2020 einen Grundsatzbeschluss gefasst zur Vorbereitung eines Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramms. Es wurde ein Projektsteuerer gebunden und es liegt eine Aufgabenstellung für die Planung der Sanierung vor. Die Vorlage sieht vor, dass für den Haushalt 2023 ein Budget als außerplanmäßige Ausgabe einzurichten ist, damit eine Ausschreibung der Planungsleistung vorgenommen werden kann und eine Deckung für Leistungsphasen 1 bis 3 vorhanden ist. Die Deckung in Höhe von 360 TEUR wird durch Umverteilung im Haushalt vorgeschlagen. Eine Alternative wäre, den Haushalt 2024 abzuwarten und dann in die Ausschreibung der Planungsleistungen zu gehen. Dies hat jedoch weiteren Verzug zur Folge, welcher nicht gewünscht ist.

**Ratsfrau Dr. Kuhk** bemerkt, dass eine Vorlage angekündigt wird die nach ordnungsgemäßer Vorlage zunächst im Finanzausschuss hätte passieren müssen. Die Finanzausschussmitglieder wurden im Vorfeld nicht angefragt, ob sie damit einverstanden wären, dass die Vorlage direkt in die Stadtvertretung geht. Sie bittet um Information, ob es im FB 2 oder EBIM im Haushaltsplan eine Planung für 2023 oder 2024 gibt und die Benennung der Budgetstelle, damit die Plangröße für das Gesamtvorhaben nachvollzogen werden kann.

Laut **Herrn Bachmann** sollte dies nicht nur als reine Information dienen, direkt im Anschluss an die Sommerpause die Stadtvertreterversammlung folgt. Die Vorlage könne den Finanzausschussmitgliedern im Vorfeld zur Verfügung gestellt werden. Die Information dient der Abstimmung, ob die Finanzausschussmitglieder mit diesem Verfahrensweg einverstanden sind.

Zur zweiten Frage erklärt Herr Bachmann, dass die Aufstellung des Haushalts 2024 gerade erfolgt und eine Anmeldung bei Investitionen für die Planung mit einem Umfang über ca. 1 Mio. Euro für die Planungsleistung der VZN vorgemerkt ist. Das interne Investitionsranking ist noch nicht abgeschlossen. Das würde bedeuten, dass der Haushalt 2024 erst abgewartet müsste bevor die Ausschreibung durchgeführt wird. Damit verbunden wäre ein erheblicher Zeitverzug.

**Ratsherr Kowalick** geht davon aus, dass die Vorlage direkt im 2. Hauptausschuss und dann in der Stadtvertretung behandelt werden soll. Er schlägt vor, am 30.08.2023 eine Sondersitzung einberufen.

Auf Nachfrage von **Ratsfrau Dr. Kuhk** antwortet **Herr Bachmann** das der Grundsatzbeschluss vom Dezember 2020 beinhaltete, dass ein Projektsteuerer gesucht und eine Aufgabenstellung für die Planung erarbeitet wird. Diese liegt als Grundlage für die Ausschreibung vor. Es gab zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung 2022 keine Veranschlagungsreife. Deshalb gibt es in der Mittelfristplanung der Stadt, für die Investition keinen Ansatz.

**Ratsfrau Dr. Kuhk** bittet um Auskunft, ob eine außerplanmäßige Ausgabe bedeutet, dass der Haushalt 2023 sich um diese Summe verschlechtert. **Frau Schad** weist darauf hin, dass eine Deckungsquelle aufgezeigt werden muss und es somit nicht zu einer Verschlechterung im Haushalt 2023 kommt.

**Ratsherr Prof. Dr. Oppermann** schlägt vor, die Sondersitzung direkt im Vorfeld der Stadtvertreterversammlung am 07.09.2023 um 14:00 Uhr durchzuführen. **Ratsherr Kowalick** stellt die vorgeschlagene Sitzung am 30.08.2023 zur Abstimmung.

4 Dafürstimmen  
2 Gegenstimmen

## **TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Die Informationsvorlagen unter Punkt 17 und 18 wurden vom Einreicher zurückgezogen und werden nicht behandelt. Unter Punkt 19 wird Frau Piotrowski eine Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2022 geben.

Informationen unter TOP 9 wurden am 27.04.2023 in der Stadtvertretung vorgestellt und zur Kenntnis genommen. **Ratsfrau Dr. Kuhk** bittet um nochmalige Vorstellung.

Die geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

## **TOP 6 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung**

### **TOP 7 Bürgerinitiative "Leben am Reitbahnweg" e. V. Projekt Suppenküche - finanziell stärken und sichern Vorlage: BV/VII/0659**

**Ratsfrau Strelow** informiert, dass es noch einen Termin zwischen Herrn Schnell und Frau Rathsack geben wird. Hier werden rechtliche Fragen geprüft und über evtl. Änderungen beraten.

**Ratsherr Kowalick** merkt an, dass die beantragten Mittel sowohl von der Stadt als auch vom Bund jährlich ausbezahlt wurden. Der städtische Anteil beträgt 9.500 Euro. Er bittet um Information, warum jetzt 20 TEUR mehr beantragt werden?

Bei diesen Mehrkosten handelt es sich nach Kenntnis von **Ratsfrau Strelow** um Personalkosten. Aktuell werden 2 Arbeitskräfte über geringfügige Beschäftigung finanziert. Damit die Arbeitskräfte nicht über das Arbeitsamt vermittelt werden, soll durch die Finanzierung eine Anstellung gesichert werden.

Es wurden weitere Anträge an den Bund gestellt. **Ratsherr Kowalick** fragt ob der BUND sich hier auch prozentual beteiligt oder die Stadt die Kosten für diese halbe Planstelle allein trägt.

**Ratsherr Kowalick** geht davon aus, dass es sich bei einer Finanzierung von 20 TEUR um eine halbe Planstelle oder eine geringfügige Beschäftigung handelt und hinterfragt, ob dann mehr Essen zubereitet werden. **Ratsfrau Strelow** erklärt hier, dass nicht mehr Essen zubereitet werden. Es geht um den Erhalt der Suppenküche und die Anstellung der 2 Arbeitskräfte. Da es sich um 2 ehrenamtliche, aber arbeitslose Arbeitskräfte handelt, würden diese vom Arbeitsamt vermittelt werden. Weiterhin weist Ratsherr Kowalick darauf hin, dass eine Deckungsquelle für die 20 TEUR angegeben werden müsse.

**Ratsfrau Strelow** antwortet auf die Frage von **Prof. Dr. Oppermann**, dass es pro Einwohner ca. 3 Euro pro Jahr sein werden. **Ratsherr Prof. Dr. Oppermann** würde es begrüßen ein paar Daten über die Produktionsverhältnisse zu bekommen. Seines Wissens werden täglich 34 Essen ausgereicht, bei Lohnkosten/Komplettkosten von 1.700 Euro im Monat. Es stellt sich die Frage, ob man den Nutzen auch anders stiften kann als mit einer Festanstellung in der Höhe. **Ratsfrau Strelow** wird es eruieren und die Daten zur Verfügung stellen. **Ratsherr Kowalick** hat die Information, dass zwischen 30 und 50 Essen ausgereicht werden.

zur Kenntnis genommen

**TOP 8 Veranschlagung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für einen Abrollbehälter Löschwasser & Schaum für die Berufsfeuerwehr Neubrandenburg**  
**Vorlage: BV/VII/0667**

8 Dafürstimmen

**TOP 9 Wirtschaftspläne 2023 der IKT-Ost AöR und der FLB - Friedländer Bahn - GmbH**  
**Vorlage: INF/VII/0180**

**Ratsfrau Dr. Kuhk** bittet darum das der Wirtschaftsplan und die Zukunftsaussicht kurz skizziert wird. **Herr Bachmann** führt in die Informationsvorlage ein. Da die Wirtschaftspläne beider Unternehmen zum Zeitpunkt der Lesung des Haushalts 2023 durch die Stadtvertretung noch nicht in bestätigter Form vorlagen, erfolgt diese Kenntnisnahme mit dieser Informationsvorlage.

Der Wirtschaftsplan 2023 der IKT-Ost wurde durch den Verwaltungsrat am 21. Februar 2023 beschlossen. Dabei wurde für eigene Investitionsmaßnahmen sowie trägerübergreifende Maßnahmen, Personalkosten über 1,4 Mio. Euro eine Sperre verhängt. Diese Maßnahmen bedürfen daher einer besonderen Freigabe. Die Sperre bei Investitionsmaßnahmen wurde über einen Teilbetrag aufgehoben. Der Wirtschaftsplan sieht Erträge und Aufwendungen in Höhe von jeweils 47.267 TEUR sowie Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 16.377 TEUR vor. Der Stellenplan umfasst eine Ausstattung von 169 Vollzeit-Äquivalenten, davon ist ein Teil der Stellenbesetzung projektbezogen und bedarf der Freigabe der entsprechenden Vorhaben. Die Stellenbesetzung zum 31. Dezember 2022 belief sich auf 109 Vollzeitäquivalente.

Der Wirtschaftsplan der FLB – Friedländer Bahn GmbH, an der die Stadt mit einem Minderheitsanteil von 6 %, gemeinsam mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und der Stadt Friedland beteiligt ist, wurde in einer Gesellschafterversammlung am 23. Februar 2023 beschlossen. Die kommunale Beteiligung hat zum Ziel, eine öffentliche Förderung durch das Land für die Erneuerung der Bahnstrecke Neubrandenburg – Friedland zu ermöglichen, als eine bedeutsame Maßnahme des Erhalts der regionalen Infrastruktur. Das Vorhaben kam bislang noch nicht zur Umsetzung, ist jedoch unter Federführung der Stadt Friedland in Vorbereitung. Der Wirtschaftsplan 2023 der FLB sieht ein Jahresergebnis von 24 TEUR und keine eigenen Investitionen vor. Eine Kreditaufnahme von 170 TEUR soll eine Instandsetzungsmaßnahme an der Bahnstrecke im Jahr 2023 ermöglichen. Der Stellenplan sieht nur 0,3 Vollzeit-Äquivalente für Betriebsleitungsaufgaben vor.

Weitere Informationen zur IKT-Ost und der FLB werden im nichtöffentlichen Teil ausgeführt.

zur Kenntnis genommen

gez. Rats Herr Kowalick  
Ausschussvorsitzender

gez. Cindy Fischbuch  
Protokollantin